

Wird die DDR-Geschichte verklärt?

Keiner will die DDR zurück,
aber viele wollen ihre positiven
Seiten respektieren und bewahren.

Anmerkungen zu einem Streit in der
„Sächsischen Zeitung“,
der fortgesetzt werden muss.

Horst Schneider

Nachdenken am 7. Oktober

„Domino im Zwinger und Nickerchen vor der Frauenkirche“ in Dresden als „Flashmob“ (Blitzauflauf) reichen zur Belustigung der Leser der „Sächsischen Zeitung“ (21./22. Juni 2008) nicht aus. Manchmal werden die Leser auch strapaziösen Torturen unterworfen, z. B., wenn sie sich am Streit um die Frage beteiligen: „Wird die DDR-Geschichte verklärt.“ Die SZ widmete der Diskussion drei Seiten ihrer Wochenendausgaben im Juni/Juli 2008. Ausgangspunkt und Anlass ist eine Rede des Bundespräsidenten Horst Köhler, der am 10. Juni 2008 Schüler im Schloss Bellevue empfangen hatte:

*„Horst Köhler ist erneut einer Verklärung der DDR-Geschichte entgegengetreten. ‚So mancher, der heute von den angeblichen sozialen Errungenschaften der DDR schwärmt‘, wolle ganz offensichtlich nicht wahrhaben, ‚wie heruntergekommen der real existierende Sozialismus damals längst war, ganz zu schweigen von seiner geistigen Enge und der staatskriminellen Verfolgung all derer, die dem Regime verdächtig waren‘, sagte der Bundespräsident. Viele Menschen teilen die Meinung Horst Köhlers und warnen sogar vor einer zunehmenden Verharmlosung der DDR-Zeit, die im Rückblick angesichts aktueller sozialer Missstände teilweise regelrecht idealisiert werde. Andere dagegen halten die Mahnung des Bundespräsidenten entweder für übertrieben oder glauben sogar, es werde heute zu unrecht alles an der DDR-Geschichte pauschal verdammt. Was meinen Sie? **Wird die DDR-Vergangenheit heute zu oft verklärt und verfälscht?** Schreiben Sie uns. Eine Auswahl Ihrer Leserbriefe zu diesem Thema finden Sie am Sonnabend nächste Woche auf unserer Seite ‚Leserforum‘. Senden Sie uns Ihre Ansichten bitte schriftlich, als Fax oder als E-Mail an: ...“*

Obrigkeitstreu und ideenarm, wie Journalisten heutzutage zu sein haben, griffen sie den Ball auf. Um wenigstens einige Leser aufzuklären?

Welche Fragen hätten denn gestellt und (wenigstens teilweise) beantwortet werden müssen:

Was bedeutet „Verklärung“ der DDR? Wer betreibt sie aus welchen Gründen? Worin besteht die Gefahr einer solchen „Verklärung“? Könnten mit Hilfe dieses Begriffs falsche Fährten gelegt werden? Wird mit der staatlich organisierten Kampagne gegen die „Verklärung“ eine ganz andere Offensive vernebelt?

Die Fragen lassen sich fortsetzen. Welche ist seit Beendigung der Leserbriefdiskussion beantwortet?

„Verklären“ heißt, ein Ereignis oder eine Person ins Reich des Überirdischen zu befördern. Die Religionen strotzen von Beispielen. DDR-Politiker waren Atheisten und der Arbeiter-und-Bauern-Staat war keine „Insel der Seligen“, wie Erich Honecker wiederholt betonte.

Auch nach ihrem – von den einen betriebenen und bejubelten, von anderen bedauerten und nicht zu verhindernden – Ende bleibt sie Geschichte und damit Erinnerung. Der Streit geht auch nicht um die DDR, die Vergangenheit ist, sondern um das Bild von ihr, das Geschichtsbild, das für die Gestaltung der Zukunft von zentraler Bedeutung ist. Deshalb gibt es Regimenter von DDRologen, Totalitarismusforschern und willige Journalisten, die das Bild der DDR schwarz malen und verteufeln. Die Diskussion in der SZ widerspiegelt in gewissem Maße, ob und inwieweit das den Federhaltern der Bourgeoisie gelungen ist.

In der Ausgabe vom 14./15. Juni 2008, als die SZ ihre Diskussion begann, ließ sie zwei Persönlichkeiten zu Wort kommen, wie sie von Herkunft und Funktion kaum unterschiedlicher sein können. Dr. Klaus Huhn, jahrzehntelang Sportredakteur beim ND, Direktor der Friedensfahrt, nach 1990 Leiter des Spotless-Verlages, und Silke Klewin, Westimport als Historikerin und Leiterin der Gedenkstätte in Bautzen. Sie sind sozusagen typisch für die beiden Hauptparteien im Streit, weshalb sie ungekürzt zu Wort kommen.

Dr. Klaus Huhn: *„Der erste Mann im Staat ist im Unrecht. Darf man dem Bundespräsidenten unterstellen, dass er Unrecht hat? Der erste Mann im Staat im Unrecht und etwa unredlich? Bei allem Respekt muss man es tun, wenn er unterstellt, dass ‚so mancher der heute von den angeblichen sozialen Errungenschaften schwärmt, ganz offensichtlich nicht weiß, wie heruntergekommen der real existierende Sozialismus war.‘ Ich zum Beispiel brauchte dieser Tage dringend einen Arzt und bekam folgende Antworten bei meiner Telefonumfrage: a) Wir nehmen keine neuen Patienten an, b) Wir hätten frühestens einen Termin im November. Darauf ich: ‚Ich wollte morgen kommen, bar bezahlen und brauche nicht mal eine Quittung.‘ Darauf Antwort c) ‚Dann könnten sie auch heute kommen.‘ Ich versichere an Eides statt, dass ich uneingeschränkte höchste Achtung vor allen Ärzten habe, ziemlich sicher bin, dass sie den Eid des Hippokrates kennen, schreibe das deshalb dem real existierenden Kapitalismus zu und versichere – wieder an Eides statt -, dass ich eine solche ‚heruntergekommene‘ Antwort im real existierenden Sozialismus nie bekam.“*

Silke Klewin: *„Auch die Jugend neigt zur Verharmlosung. Vereinzelt angenehme private Erinnerungen aus DDR-Zeiten können nicht davon ablenken, dass das SED-Regime eine Unrechts-Diktatur war und den Menschen die Freiheit beschnitten oder genommen hat. Trotzdem gelangen wir immer wieder zu erschreckenden Erkenntnissen darüber, wie sehr die DDR-Zeit noch verklärt wird. Wir machen gerade eine Umfrage unter 15-jährigen Schülern, die unsere Gedenkstätte besuchen. Und obwohl sie hier viel über die SED-Diktatur erfahren und sich gut informiert fühlen, finden 61 Prozent der bisher 500 Befragten, dass über die DDR nur schlecht geredet wird, um die Ostdeutschen schlecht zu machen. Fast 25 Prozent bedauern, dass die DDR nicht mehr existiert. Ebenso viele halten das zuletzt völlig ruinierte Wirtschaftssystem für erfolgreich.“*

Zehn Prozent glauben tatsächlich, dass die DDR-Regierung demokratisch gewählt war. Diese grotesken Verklärungen zeigen, dass in der Jugend- und in der Erwachsenenbildung noch sehr viel zu tun ist. Denn ihre Ansichten über die DDR haben die Jugendlichen natürlich größtenteils von den Eltern übernommen.“

Beim Vergleich zeigt sich Typisches der ganzen Diskussion. Klaus Huhn argumentiert mit unwiderlegbaren Fakten, Silke Klewin verurteilt befehlsgemäß Eltern wie Schüler für die „grotesken Verklärungen“. She is his masters voice.

In der Ausgabe vom 14./15. Juni 2008 berühren nur drei Beiträge die gestellte Frage, und sie versuchen zu begründen, dass die wahrheitsnahe Darstellung von Positivem und Negativem in der DDR keine „Verklärung“ ist.

In der SZ vom 21./22. Juni 2008 sind vierzehn Beiträge abgedruckt. Aggressiv gegen die DDR-Politik gerichtet können höchstens zwei „Altersarmut gab es auch in der DDR“ (Holger Reutschek, Nünchritz) und „Nicht nur Butter war manchmal knapp“ (A. Schmitt, E-Mail) eingestuft werden. Im Zweitgenannten wird die DDR auch „Verbrecher-Regime“ genannt. Die meisten der Beiträge wehren sich mit unterschiedlichen Argumenten dagegen, die DDR „pauschal zu verdammen“. Auf den Beitrag Wolfram Trillers aus Radebeul, der die Totalitarismus-Doktrin zurückweist, wird zurückzukommen sein.

In der SZ vom 28./29. Juni 2008 wurden achtzehn Leserbriefe zum Thema abgedruckt. Elf von ihnen versuchen, ihr Verständnis für ihre DDR-Vergangenheit zu erklären, vor allem, indem sie ihre damaligen Erfahrungen mit den heutigen vergleichen. Ein Beispiel dafür lieferte F. Goldscheidt per E-Mail: *„Keine SED-Propaganda, sondern bittere Realität. Die Menschen der DDR hatten Errungenschaften, von denen Bürger der BRD nicht einmal träumen konnten. Jetzt haben sie Erscheinungen kennengelernt, von denen sie dachten, die gibt es nur in der Propaganda der SED: Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Bettler, Altersarmut, Kinderarmut, längst überwundene Kinderkrankheiten, einen Lohn, von dem man die Familie nicht ernähren kann. Suppenküchen, Essen von der Tafel, Nachtsyl sind keine Fremdwörter, sondern reales Leben. Polizeistaat, Schnüffelstaat werden zur Gewohnheit und gehören zum Alltag. Der Bürger der BRD wird zum gläsernen Individuum‘ und ist dagegen wehrlos.“*

Auf der Leserbriefseite der SZ vom 5./6. Juli 2008 wurden fünfzehn Leserbriefe abgedruckt. Dem Anliegen der Geschichtsschreibung der Sieger folgen drei Autoren, zwölf verteidigen mehr oder weniger heftig ihr Recht auf eine Erinnerung, die ihnen nicht aufgezwungen wird.

Von den drei Obrigkeitskonformen wähle ich den Brief von Ruth Frey aus Bad Gottleuba aus: *„Erschreckend, wie schnell Menschen vergessen! Unterdrückung, Willkür, leere Läden - alles im Gehirn gelöscht? Wer sind die Menschen, die die DDR heute verklären? Alte Seilschaften? Nörgler, die immer meckern? Oder einfach Menschen, die mit der Freiheit nicht*

klarkommen, die immer eine Anleitung brauchen? Ich möchte die DDR nicht zurück, trotz besserer Schulbildung und großzügigem Gesundheitswesen. Ich fühle mich jetzt freier.“

Die Dame „fühlt“ sich jetzt freier. Und auf die „bessere Schulbildung und großzügiges Gesundheitswesen in der DDR“ hätte sie gerne verzichtet. Könnte Ruth Frey eine von denen sein, die Bertolt Brecht zu dem verzweifelten Urteil veranlassten: „Vierzig Jahre unter den Menschen haben mich ständig gelehrt, dass sie der Vernunft nicht zugänglich sind.“? Die einundfünfzig veröffentlichten Leserbriefe ermöglichen sowohl denjenigen, die die DDR verteufeln wollen – Silke Klewin war ihr Prototyp – als auch denjenigen, die als „Verklärer“ denunziert werden – Klaus Huhn personifizierte sie – bestimmte Schlussfolgerungen. Ich beschränke mich auf vier.

Erstens: Die meisten Leser sprachen sich für eine sachliche, den Tatsachen verpflichtete Geschichtsschreibung über die DDR aus. Karin Klessig aus Waldheim drückte das (SZ 21./22.6.2008) so aus: *„Die DDR gehört längst in den Geschichtsunterricht ohne Verklärung und muss im historischen Zusammenhang mit der damaligen weltpolitischen Lage gesehen werden.“*

Allerdings lässt sich gleichzeitig feststellen: Das Besondere, das Einmalige, das Beispielhafte an der DDR in der deutschen Geschichte – die Alternative zu Imperialismus und Krieg – kommt in der Diskussion kaum zum Ausdruck.

Das kann mehrere Gründe haben: Die Autoren halten diese Tatsache für zu banal und selbstverständlich.

Oder die Auswahl der Briefe war durch die Tatsache diktiert, dass der Vergleich DDR – BRD in der Friedensfrage offiziell am wenigsten erwünscht ist.

Zweitens: Die überwiegende Zahl der Leser lehnt entschieden die „Zwangsbekehrung“ durch Wessis ab. *„Sagt uns nicht, wie wir gelebt haben“*, erklärte Karl-Heinz Deutscher aus Bautzen (SZ 5./6.7.2008)

Viele betonten mit berechtigtem Stolz, was Gerhard Smit aus Dresden so ausdrückte: *„Die DDR wird nicht verklärt. Es wird nur erklärt, was heute gefordert wird und in der DDR schon vorhanden war.“* (SZ 28./29.6.2008)

Ob die Regierenden diesen klugen Hinweis verstehen?

Auch den Ratschlag Dieter Bouskas aus Dresden (SZ 21./22.6.2008): *„Er (Horst Köhler) sollte in die Diskussion mit gestandenen DDR-Bürgern eintreten und nicht mit Jugendlichen, die die DDR nur vom Hörensagen kennen.“*

Besonders ermutigend für Linke könnte die Erkenntnis sein, die Timo Backofen aus Dresden gewann: *„DDR-Geschichte ist ein (bislang erfolgreiches) Instrument zur Spaltung der Ostdeutschen, was u. a. das Ergebnis mit sich brachte, dass an wichtigen Positionen im Osten Westdeutsche das Sagen haben.“* (SZ 21./22.6.2008)

Drittens: Die „Westdeutschen, die das Sagen haben“, sind vor allem Totalitarismusforscher und ihre Institutionen, die den „Diktaturenvergleich“ in staatlichem Auftrag betreiben.

Diese „bezahlten Klopffechter des Kapitals“ fanden keine Resonanz.

E. Jacob aus Dresden überschrieb seinen Beitrag: *„Gleichsetzung mit Nazi-Diktatur ist unerträglich“* (SZ 5./16.7.2008)

Tim Weidner aus Neugersdorf urteilte: *„Auch sind Zweifel an der Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus angebracht“* (SZ 28./29.6.2008)

Der Leser Wolfram Triller aus Radebeul setzte sich (SZ 21./22.6.2008) prinzipiell mit der Präambel der sächsischen Verfassung auseinander, die die Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus festlegt und jeden zum Verfassungsfeind stempelt, der die DDR nicht in dieses Schema einpasst.

Viertens: Diejenigen, die mit der DDR-Geschichte „abrechnen“ wollen, sind erstaunlich schwach vertreten, noch schwächer sind ihre Argumente und Positionen. Die „Stasi-Keule“ scheint zum Bumerang geworden zu sein.

Dr. Hermann Golle, Dresden, forderte burschikos: *„Den Stalinisten und ewig Gestrigen muss entgegengetreten werden. Sie sind im Unrecht.“* (SZ 5./16.7.2008) Wer aber bestimmt, wer das ist?

Und was die „Stalinisten und ewig Gestrigen“ mit der „Verklärung“ der DDR zu tun haben, weiß er seinen Mitlesern auch nicht zu sagen. Die deutsche Politik und die Medienfabriken liegen doch wohl nicht in ihren Händen.

Von den vielen Zitaten, die Dr. Golle zur Zurückhaltung mahnen müssten, wähle ich einen Satz Richard von Weizsäckers aus dessen Weihnachtsansprache 1989: **„Wir haben allen Grund, den Deutschen in der DDR mit wahrer Achtung zu begegnen. Dazu gehört, ihnen nicht ungebeten dreinzureden, sondern ihre Sorgen ernst zu nehmen und ihnen den Raum und die Zeit zu überlassen, die sie brauchen, um ihren Weg zu erkennen.“** Hat der Bundespräsident in den Wind gesprochen? Gehört gar nicht zusammen, was – nach Willy Brandt – zusammenwachsen soll?

Ein Leser, Hans Laubsch aus Niesky, erkannte das Motiv der Greuelpropaganda über die DDR: *„Mit der Darstellung der Schreckensherrschaft in den Ostländern setzte man den Antikommunismus fort.“* (SZ 21./22.6.2008)

In seiner Nobelpreisrede 1999 meinte Günter Grass: „Entsetzt sehen wir, dass der Kapitalismus, seit sein Bruder, der Sozialismus, für tot erklärt wurde, vom Größenwahn bewegt ist und sich ungehemmt auszutoben begonnen hat.“

Vergessen sind alle guten Vorsätze von Politikern und Ideologen, denen 1990 ein Teil der DDR-Bürger glaubte.

Spiegelt sich das auch in der SZ-Debatte um die „Verklärung“ der DDR wider?

Akzente 06/2008 129. Ausgabe
„Kontroverse gehört zur Demokratie...“

Bundespräsident beim Wort genommen – Ein offener Brief

Prof. em. Dr. sc. Horst Schneider (Dresden) richtete am 25. April 2008 an den Präsidenten der Bundesrepublik, Prof. Dr. Horst Köhler, folgenden offenen Brief:

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

am 13. September 2004 äußerten Sie sich im „Focus“ über die Streitkultur in Deutschland: „Die Kontroverse gehört zur Demokratie wie das Salz in der Suppe. Der demokratisch ausgetragene Streit ist der beste Weg zu Erfahrung und Fortschritt.“ Ich habe dieses (längere) Zitat als Goldenes Wort von Politikern in eines meiner Bücher aufgenommen und mich bemüht, es zu beherzigen. Das will ich heute auch Ihnen gegenüber tun.

In der „Super-Illu“ vom 17. April 2008 gaben Sie dem Chefredakteur Jochen Wolff ein Interview. Ob das ursächlich und zeitlich mit dem Fiasko zusammenhängt, das Herr Wolff in der mdr-Sendung vom 7. April erlebte und über die die „Super-Illu“ in der gleichen Ausgabe unter dem Titel „Fakt ist... Das war skandalös“ berichtet, ist hier unwichtig. Mir geht es um drei Aussagen, die meines Erachtens mit Ihrem Amt und der Würde des Amtes unvereinbar sind.

Erstens behaupten Sie: „In der DDR gab es Leistung und Lebensglück – und zwar nicht wegen, sondern vielfach trotz des SED-Regimes. Was da aufgebaut und bewahrt worden ist, trotz vieler Widrigkeiten, das hat Anerkennung und Respekt verdient.“ Diese Aussage kenne ich seit den sechziger Jahren, als bestimmte Erfolge auch von DDR-Feinden nicht mehr zu leugnen waren. Sie waren eine Art Notlüge derer, die uns ständig „Widrigkeiten“ (wie niedlich!) beschert haben. Ob jemand *trotz* oder *wegen* des „SED-Regimes“ sein „Lebensglück“ gefunden hat, darf jeder DDR-Bürger selbst entscheiden. Meinen Sie nicht, dass die Order eines Präsidenten, der als Staatssekretär Waigels das „Lebensglück“ Zehntausender (vor allem Arbeiter) zerstören half, deplaziert ist? *Dieser* Dank und *diese* Anerkennung dürfte vielen Arbeitslosen und Abgewickelten wie Hohn im Ohr klingen.

Zweitens urteilen Sie: „Die DDR war ein Unrechtssystem, die SED-Herrschaft war eine Diktatur – und es gibt keinen Grund, dem eine Träne nachzuweinen.“ DDR-Bürger erinnern sich, dass Erich Honecker empfohlen hatte, Republikflüchtigen keine Träne nachzuweinen. Er hätte besser daran getan, wenn er analysiert hätte, warum viele Bürger der DDR ihr Vertrauen entzogen hätten. Nun empfehlen Sie, unsere Tränen nicht für die DDR zu verschwenden. Es ist schon eigenartig, wenn Staatsoberhäupter bestimmen wollen, wann die Bürger weinen oder nicht. Aber vielleicht gibt es für einige Politiker doch Gründe, zum Beispiel: „Der Spiegel“ dieser Woche (17/2008, S. 31) gelangte nach einer Analyse zu dem Urteil: „Das Vertrauen der Deutschen in ihren Staat ist offenbar auf ein neues Rekordtief gesunken.“ Und in der mdr-Sendung, die in der „Super-Illu“ verrissen wird, haben bei der telefonischen Befragung 78,4 Prozent der Zuschauer entschieden, dass sie mehr angenehme Erinnerungen an die DDR haben als unangenehme, wie das 21,6 Prozent kundtaten. Dass dieses Ergebnis bei einigen Tränen der Wut auslöste, kann ich mir vorstellen. Besser wäre wohl, wenn verantwortliche Politiker und Publizisten in Ruhe über die Ursachen nachdächten. Leute wie „Pfarrer Gnadenlos“ sind dazu nicht in der Lage. Das Wort „Unrechtssystem“ als Synonym für DDR allerdings müsste geprüft werden. Der Begriff taucht weder im Völkerrecht noch im neuen Duden im Zusammenhang mit der DDR auf. Ich habe ihn auch in keinem Vertragstext gefunden. Da Sie den Begriff verwenden, wird es Ihnen leicht fallen, einige Fragen zu beantworten, die nicht nur ich habe (ich weiß das aus meiner publizistischen Tätigkeit): Wie definieren Sie „Unrechtssystem“ – „Unrechtsstaat“? Welche Merkmale des Begriffs sind für die DDR zutreffend? Gab es vor 1989 Politiker (zuständig wäre Hans-Dietrich Genscher gewesen), die im UNO-System den Unrechtscharakter der DDR nachzuweisen versuchten? Mit welchem Erfolg? In welchem Dokument oder Vertrag gibt es eine Charakteristik der DDR, die Sie vornehmen? Haben sich 1990 ein „Rechtsstaat“ und ein „Unrechtsstaat“ „wiedervereinigt“?

Wo im „Einigungsvertrag“ finde ich den entsprechenden Text? Ist in den Zwei-plus-Vier-Vertrag klammheimlich die Unterschrift des Vertreters eines „Unrechtsstaats“ reingerutscht? Wird damit der Vertrag unwirksam?

Ich freue mich auf die Antworten. Allerdings ist mir unverständlich, warum die Bundesregierung *v o r* 1990 ziemlich korrekte Beziehungen zur DDR unterhielt und erst *n a c h* 1990 die „Delegitimierung“ der DDR zur Staatsdoktrin erhob. Franz Josef Strauß lobte Erich Honecker in seinen „Erinnerungen“ in den höchsten Tönen. Bei Richard von Weizsäcker habe ich keinen Satz gefunden, der Ihrem Urteil, das ich zitierte, ähnelt (auch nicht im Vier-Augen-Gespräch, das er gewünscht hatte).

Drittens stellen Sie fest: Ein „besseres System als die Demokratie gibt es nicht“. Das ähnelt dem Satz Winston Churchills: „Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen.“ Es gibt unterschiedliche Definitionen für Demokratie. Die Praxis ist noch differenzierter. Im Bundestag wurde kürzlich der jämmerliche Zustand der Weimarer Republik kurz vor 1933 beschrieben. Was in den USA Demokratie heißt, erleben wir täglich. In jedem Fall ist entscheidend, ob und inwieweit die Bürger das Gefühl haben, dass ihr Staat tatsächlich ein bisschen „Volksherrschaft“, also ihr Mitwirken, zulässt und wünscht. Zum Glück muss ich seit 1990 nicht mitverantworten. (Ich kenne die Definition Churchills für Politiker.) Aber die Befragung, auch am 7. April 2008, sollen für Politiker Anlass sein, ihre Überheblichkeit aufzugeben. Nicht nur ich habe erlebt, wie rasch eine Regierung ihre Anhänger verlieren kann, sogar wenn sie die gleiche Gesinnung haben. Demokratie muss täglich erlebt werden.

Ich wünsche Ihnen Erfolg in Ihrer Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Horst Schneider

Der Bundespräsident als Aushilfslehrer

Am 11. Juni lud Horst Köhler Schüler in sein Schloss ein, um ihnen eine Lektion DDR-Geschichte zu verpassen. Nehmen wir vier seiner Thesen, die auch durch die Presse geisterten:

- 1. Der real existierende Sozialismus sei in der DDR heruntergekommen.*
- 2. Die DDR sei wirtschaftlich am Ende gewesen.*
- 3. Die DDR sei „seit Jahren bankrott gewesen und lebte von der Substanz.“ Die Schulden seien aus eigener Kraft nicht mehr zu zahlen gewesen.*
- 4. Das Regime wäre gezwungen gewesen, „die bröckelnde Fassade der sozialen Wohltaten und scheinbaren Vollbeschäftigung niederzureißen.“*

Zunächst: Nichts von dem was Köhler sagte, ist originell. Auch die Schüler müssten diese Thesen gekannt haben. Wozu also Köhler als schlechter Aushilfslehrer in Geschichte?

Seine Klitterungen sind unübersehbar, die unlautere Absicht erkennbar.

- 1. Wer die Bedingungen berücksichtigt, unter denen sich die DDR entwickelte – Reparationen für ganz Deutschland (Biedenkopf bezifferte sie auf 800 Mrd. DM). Folgen der offenen Grenze. NATO-Embargo, der nichtäquivalente Handel usw., würde zunächst einmal die Leistungen der DDR würdigen, wie das in besseren Zeiten Strauß, Brandt, Herzog und viele andere getan haben.*
- 2. Auf die Lüge vom Bankrott der DDR hat Egon Krenz schon geantwortet: „Die DDR war zu keinem Zeitpunkt bankrott.“ Auch das von Köhler missbrauchte Gutachten beweist das nicht. Der Bankrott wurde erst während der Phase der „Wiedervereinigung“ vom Westen planvoll organisiert, wobei die Treuhänder eine kriminelle Rolle spielte. Als diese Phase begann, war Horst Köhler Staatssekretär in Waigels Finanzministerium. Er hat die Hauptverantwortung dafür, dass alles Wertvolle in der DDR verramscht und verscherbelt wurde. Westdeutsche fielen wie die Aasgeier über die DDR her, um sie auszuschlachten. Millionen Arbeiter der DDR haben das erlebt und benötigen keine Belehrungen durch Horst Köhler.*
- 3. Die Valutaschulden der DDR betragen 1989 19,9 Millionen Valutamark. Im Vergleich zu den Schulden der BRD ist das eine lächerliche Summe, zumal wenn die Guthaben und von der DDR ausgereichte Kredite gegengerechnet werden. Die Schuldensumme pro Kopf betrug 1985 15.000 DM pro Bundesbürger und 7500 DM für DDR-Bürger. Mindestens über die Verschuldung hätte doch der Finanzexperte Köhler Bescheid wissen dürfen. Kennt er wenigstens die heutige Verschuldung seiner „Untertanen“?*
- 4. Köhler vermutet, die „Fassade der sozialen Wohltaten“ hätte in der DDR bald zerbröckeln müssen. Wäre es um eine „Fassade“ oder um die Substanz der DDR-Politik gegangen. Überlassen wir die Frage dem Streit. Dürfen wir aber auch über die These streiten: Vor unseren Augen zerbröckelt die Fassade der sozialen Marktwirtschaft? Und was sagt der Präsident dazu?*

Horst Schneider
01279 Dresden

Kopie des Briefes von Horst Schneider an den Chefredakteur der „Sächsischen Zeitung“

Dresden, 19. Juli 2008

Sehr geehrter Herr Chefredakteur,

ich hoffe, dass der Brief Ihre Gefühle nicht allzu sehr verletzt, aber es handelt sich ja nur um drei Informationen, aus denen vielleicht eine Bitte erwächst.

Erstens:

Ich beglückwünsche Sie dazu, dass Sie nach dem Hilfsunterricht des Bundespräsidenten eine Leserbriefaktion zum Thema DDR-Geschichte zugelassen oder veranlasst zu haben. Sie hat gezeigt, dass die Gauck / Birthler / Eppelmann / Knabe und all die selbsternannten Generale an der Geschichtsfrente gescheitert sind. Da ich seit 1990 – unfreiwillig – an der „Erinnerungsschlacht“ teilnehme, weiß ich das zu würdigen. Ich habe mir erlaubt, eine kleine Analyse des Leserstreits anzufertigen, die ich beilege, aber weiter publizistisch verwenden will.

Meine Texte zu Köhler sind angefügt. Die SZ hat – aus Gründen, die Sie kennen – meinen Beitrag nicht veröffentlicht. Sie finden meinen Brief an den Bundespräsidenten am Ende. Sollten Sie einen Meinungsaustausch in der Leserbriefredaktion wünschen, bin ich dazu bereit. (Schon mein Pastor wusste, wie gerne ich streite. Er hat leider darunter gelitten.)

Zweitens:

Da die Totalitarismus-Doktrin trotz ihrer Unwissenschaftlichkeit Staatsdoktrin geworden und in Dresden gar ein Unikat zur Verbreitung entstanden ist, das Hannah-Arendt-Institut, und die Gedenkstättenkonzeption an ihr scheitert, habe ich Stoff zur Polemik. Eine Arbeit heißt „Hysterische Historiker“, das Ergebnis dreißigjähriger Berufsarbeit. Ich lege Ihnen eine der Besprechungen bei, ohne zu erwarten, dass die Sächsische Zeitung dem Beispiel folgt. Falls aber ein Rat erlaubt ist, empfehle ich, selbst in das Buch zu schauen. Die es gelesen haben, hatten keinen Verlust.

Drittens:

Sie wissen um den Wirbel um den Film „Die Frau vom Checkpoint Charly“. Da der erste Mann der Hauptheldin, Christian Gallus, in Dresden lebt und entscheidende Rechtsakte in Dresden stattfanden, habe ich recherchiert und eine Polemik geschrieben. „Gruselstory Checkpoint Charly“ werde ich am 6. August 19 Uhr im DGB-Haus vorstellen. Christian Gallus wird auch da sein. Und nun kommt meine Frage, vielleicht Bitte: Kann die SZ ihre Leser auf diese Veranstaltung aufmerksam machen?

Ich wiederhole: Ich hoffe, nicht Ihren Unmut erregt zu haben.

Mit guten Wünschen für Ihre verantwortungsvolle Arbeit

Freundliche Grüße

Horst Schneider